S 175 AS 3864/16

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Berlin-Brandenburg

Sozialgericht Landessozialgericht Berlin-Brandenburg

Sachgebiet Grundsicherung für Arbeitsuchende

Abteilung 1

Kategorie Urteil

Bemerkung -Rechtskraft -

Deskriptoren Minderung des Arbeitslosengeldes II

Nichterfüllung von Pflichten aus der

Eingliederungsvereinbarung

Leitsätze -

Normenkette SGB II § 31 Abs 1 Satz 1 Nr 1

SGB II § 31 Abs 1 Satz 2

SGB II § 31a Abs 2

SGB II § 31b Abs 1 Satz 4

SGB I § 39 Abs 1

GG

1. Instanz

Aktenzeichen S 175 AS 3864/16

Datum 07.12.2017

2. Instanz

Aktenzeichen L 1 AS 101/18 Datum 20.06.2022

3. Instanz

Datum -

Die Berufung des KlĤgers gegen das Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 07. Dezember 2017 wird zurļckgewiesen.

Â

Der Beklagte trägt 4/5 der notwendigen auÃ□ergerichtlichen Kosten des

KIägers.

Â

Die Revision wird nicht zugelassen.

Â

Tatbestand

Â

Der KlĤger wendet sich gegen die Minderung seines Arbeitslosengeld II-Anspruchs in der Zeit vom 01. Januar bis zum 31. MĤrz 2016 in HĶhe von noch 30 vom Hundert (v.H.) des Regelbedarfs.

Â

Der 1991 geborene Kläger stand seit Jahren im Bezug von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) bei dem Beklagten. Er bewohnte im streitigen Zeitraum in Bedarfs- bzw. Haushaltsgemeinschaft mit sechs weiteren Personen die unter der im Rubrum bezeichneten Adresse gelegene knapp 104 qm groÃ \Box e Wohnung, fÃ 1 4r welche ab dem 01. Januar 2016 ein Gesamtmietzins i.H.v. 934,99 â \Box ¬ (553,00 â \Box ¬ Grundmiete zzgl. Vorauszahlungen fÃ 1 4r Betriebskosten i.H.v. 251,99 â \Box ¬ sowie fÃ 1 4r Heizkosten i.H.v. 130,00 â \Box ¬) fÃ 1 8llig war.

Â

Mit Bescheid vom 08. Juli 2015 in der Fassung der \tilde{A}_{\square} nderungsbescheide vom 09. Oktober 2015 und 27. Oktober 2015 bewilligte der Beklagte u.a. dem Kl \tilde{A}_{\square} ger f \tilde{A}_{\square} r die Zeit vom 01. Juli bis zum 31. Oktober 2015 Leistungen nach dem SGB II i.H.v. insgesamt 443,27 \hat{a}_{\square} (320,00 \hat{a}_{\square} Regelbedarf zzgl. 123,27 \hat{a}_{\square} Bedarfe f \tilde{A}_{\square} r Unterkunft und Heizung), f \tilde{A}_{\square} r November 2015 i.H.v. 184,40 \hat{a}_{\square} (nur BUH) sowie f \tilde{A}_{\square} r Dezember 2015 i.H.v insgesamt 411,27 \hat{a}_{\square} (288,00 \hat{a}_{\square} RB zzgl. 123,27 \hat{a}_{\square} BUH).

Â

Mit bestandskr \tilde{A} ¤ftigem Sanktionsbescheid vom 24. August 2015 wurde f \tilde{A} ¼r die Zeit vom 01. September bis zum 30. November 2015 eine Beschr \tilde{A} ¤nkung des Arbeitslosengeldes II auf die BUH festgestellt und der Bewilligungsbescheid vom 08. Juli 2015 insoweit aufgehoben. Der Kl \tilde{A} ¤ger habe sich auf die ihm zugesandten und zumutbaren Vermittlungsvorschl \tilde{A} ¤ge trotz Belehrung \tilde{A} ¼ber die Rechtsfolgen nicht beworben.

Â

Nachdem der KlĤger zu Einladungen zum 13. August 2015 und 11. September 2015 jeweils ohne Entschuldigung nicht erschienen war, erlieÄ der Beklagte unter dem 11. September 2015 einen Eingliederungsvereinbarung-Verwaltungsakt (EGV-VA), für welchen als Gültigkeitszeitraum â soweit zwischenzeitlich nichts anderes geregelt werde â de Zeit vom 11. September 2015 bis zum 29. Februar 2016 benannt wurde. Ziel des Verwaltungsaktes war die Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Helfertätigkeit im ersten Berliner Arbeitsmarkt. Weiter hieà es unter

â□□1. Unterstützung durch Jobcenter Berlin Lichtenberg

Das Jobcenter unterbreitet Ihnen Vermittlungsvorschl \tilde{A} ¤ge, soweit geeignete Stellenangebote vorliegen. Das Jobcenter unterst \tilde{A} ½tzt Ihre Bewerbungsaktivit \tilde{A} ¤ten durch \tilde{A} \Box bernahme von angemessenen nachgewiesenen Kosten f \tilde{A} ½r schriftliche Bewerbungen nach Ma \tilde{A} \Box gabe des $\frac{\hat{A}}{\$}$ 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. $\frac{\hat{A}}{\$}$ 44 SGB III, sofern Sie diese zuvor beantragt haben. Das Jobcenter ver \tilde{A} \P ffentlicht anonym Ihr Bewerberprofil in der JOBB \tilde{A} \Box RSE der Bundesagentur f \tilde{A} ½r Arbeit [\hat{a} \Box |]. \hat{a} \Box \Box

sowie unter

â∏2. Bemühungen von Herrn D K zur Eingliederung in Arbeit:

[â[]] Sie verpflichten sich, sich intensiv um eine Arbeitsstelle zu bemühen. Sie nutzen für die Stellensuche Initiativbewerbungen, die Tagespresse und das Internet. Sie verpflichten sich zu mindestens zehn Bewerbungen pro Monat in den nächsten sechs Monaten, auch um befristete Stellen, auch bei Zeitarbeitsfirmen. Die entsprechenden Nachweise sind durch Sie bei Vorsprache in der Arbeitsvermittlung unaufgefordert vorzulegen.

Die Eigenbemühungen (Bsp. Telefonliste mit Ansprechpartner, Firma, Tel. usw.) bzw. Bewerbungsschreiben sind unaufgefordert zu jedem Termin (ca. alle 4 Wochen) beim zuständigen Arbeitsvermittler (AV) vorzulegen oder bis spätestens den 15. des Monats per Post einzureichen. Als Nachweise anerkannt werden Kopien Ihrer Bewerbungsanschreiben, Postrückläufe (Einladungen, Absagen von Arbeitgebern). Bei telefonischen Bewerbungen notieren Sie bitte gesondert Namen und Anschrift des Arbeitgebers, die Tätigkeit um welche sie sich wann beworben haben, den konkreten Ansprechpartner, sowie das jeweilige Ergebnis Ihre Bemühungen.

Schriftliche und Email-Bewerbungen sind so zu verfassen, dass der Arbeitgeber sie aufgrund ihres objektiven Inhalts bzw. Form nicht von vornherein als unbeachtlich oder offensichtlich unernst gemeint behandeln kann.

Sie erkundigen sich nach MĶglichkeiten eine Erzieher-Ausbildung, alternativ um MĶglichkeiten, Ihre vorhandene Ausbildung als Bürokaufmann zu beenden.

[â[¦]

Probearbeiten/TrainingsmaÃ□nahmen sind rechtzeitig vor Beginn beim zust. Arbeitsvermittler zu beantragen.â□□

In der Rechtsfolgenbelehrung wurde unter anderem ausgefļhrt:

â□□Ihr Arbeitslosengeld II wurde bereits einmal aufgrund eines PflichtverstoÃ□es auf die Kosten fþr Unterkunft und Heizung beschränkt (vgl. Bescheid vom). Jeder weitere PflichtverstoÃ□ (VerstoÃ□ gegen eine der Nr. 2 mit Ihnen vereinbaren Bemþhungen) wird daher den vollständigen Wegfall des Ihnen zustehenden Arbeitslosengeldes II zur Folge haben. Im Falle eines vollständigen Wegfalls des Arbeitslosengeldes II werden auch keine Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung abgeführt. Der Versicherungsschutz bleibt dennoch erhalten, anfallende Beiträge mÃ⅓ssen Sie jedoch selbst zahlen. Sind Sie hierzu nicht in der Lage, entstehen Beitragsrückstände, die jedoch fÃ⅓r die Dauer der Hilfebedürftigkeit keine negativen Auswirkungen hinsichtlich der Leistungen durch die gesetzliche Kranken-/Pflegeversicherung haben.

Der Wegfall dauert drei Monate (Sanktionszeitraum) und beginnt mit dem Kalendermonat nach Zugang des Sanktionsbescheides. WĤhrend dieser Zeit besteht kein Anspruch auf ergĤnzende Hilfe nach dem ZwĶlften Buch Sozialgesetzbuch (Sozialhilfe).

Ein wiederholter Pflichtverstoà liegt nicht vor, wenn der Beginn des vorangegangenen Sanktionszeitraums länger als ein Jahr zurýckliegt (Ablauf der Jahresfrist am 24.08.2016).

Eine Pflichtverletzung liegt nicht vor, wenn Sie für Ihr Verhalten einen wichtigen Grund darlegen und nachweisen. Folglich tritt keine Leistungsminderung ein. Ein nach Ihrer Auffassung wichtiger Grund, der jedoch nach objektiven MaÃ□stäben nicht als solcher anerkannt werden kann, verhindert nicht den Eintritt der Leistungsminderung.â□□

Danach hieà es unter anderem unter â UWichtige Hinweise a U:

â∏Bei einer Minderung des Arbeitslosengeldes II um mehr als 30 Prozent des maÃ∏gebenden Regelbedarfs können auf Antrag ergänzende Sachleistungen oder geldwerte Leistungen erbracht werden. Diese sind grundsätzlich zu erbringen, wenn minderjährige Kinder im Haushalt leben. Beachten Sie aber, dass Sie vorrangig Ihr Einkommen und verwertbares Vermögen zur Sicherung des Lebensunterhaltes einsetzen müssen.

Bei einer GewĤhrung von Sachleistungen oder geldwerten Leistungen werden BeitrĤge zur Kranken- und Pflegeversicherung weiterhin erbracht.

Erklären Sie sich nachträglich bereit, Ihren Pflichten nachzukommen, kann die im Briefkopf genannte Stelle unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles Leistungen für Unterkunft und Heizung erbringen.

Im Einzelfall kann die Dauer der Sanktion auf 6 Wochen verkürzt werden.â∏∏

Der EGV-VA wurde dem KlĤger am 16. September 2015 per Postzustellungsurkunde zugestellt. Der Bescheid wurde bestandskrĤftig.

Â

Mit Sanktionsbescheid vom 05. Oktober 2015 wurde wegen unentschuldigten Nichterscheinens zu einem Meldetermin am 13. August 2015 fýr die Zeit vom 01. November 2015 bis zum 31. Januar 2016 eine Minderung des Arbeitslosengeldes II um 10 Prozent des maÃ∏gebenden Regelbedarfs â∏ 32,00 â∏¬ monatlich â∏ festgestellt und der vorangegangene Bescheid vom 08. Juli 2015 insoweit für die Zeit vom 01. November 2015 bis 31. Dezember 2015 in Höhe der genannten Minderung aufgehoben. Betroffen seien die BUH. Gutscheine oder geldwerte Leistungen wurden nicht gewährt.

Â

Nachdem bei dem Beklagten bis zum 15. Oktober 2015 keine Nachweise über Bewerbungsbemühungen eingegangen waren, hörte der Beklagte den Kläger mit Schreiben vom 30. Oktober 2015 mit Fristsetzung zum 16. November 2015 wegen Nichterfüllung der Eingliederungsvereinbarung durch ungenügende Nachweise von Eigenbemühungen an. Im Weiteren hieÃ∏ es:

â□□Bitte beachten Sie:

Wenn Sie für Ihr Verhalten keinen wichtigen Grund haben, hat dies die Absenkung oder den Wegfall Ihrer Leistung zur Folge. Die Sanktion dauert grundsÄxtzlich drei Monate und führt in Ihrem Fall voraussichtlich zum vollständigen Wegfall der Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II), da es sich um eine wiederholte Pflichtverletzung handelt. Bei der GewĤhrung von Sachleistungen bleibt auch der Kranken- und Pflegeversicherungsschutz erhalten. [â∏¦] Wird Ihr Leistungsanspruch um mehr als 30 % gemindert oder ergibt sich aus der Summe von verschiedenen MinderungsbetrĤge eine Kýrzung um mehr als 30 % können Ihnen in angemessenem Umfang ergĤnzende Sachleistungen oder geldwerte Leistungen â∏ insbesondere in Form von Lebensmittelgutscheinen â∏ gewährt werden. Diese ka Innen nur gewa kahrt werden, wenn Ihnen keine anderweitigen Mittel, wie z.B. anrechnungsfreie Einnahmen und VermĶgen innerhalb der Freibetragsgrenzen (SchonvermĶgen) zur Verfļgung stehen. Die Notwendigkeit ergĤnzender Sachleistungen oder geldwerte Leistungen ist von Ihnen zu begrýnden. Die entsprechenden gesetzlichen Regelungen finden Sie in der Anlage dieses Schreibens. Bitte beantworten Sie die aufgefĽhrten Fragen ausfļhrlich und reichen Sie ggf. Nachweise ein. Sie kA¶nnen auch GrA¼nde nennen, die nicht in direktem Zusammenhang mit dem erhobenen Vorwurf stehen. Sollte der beigefügte Antwortvordruck für ausführliche Erläuterungen nicht ausreichen, nutzen Sie bitte zusĤtzlich ein gesondertes Blatt. Reichen Sie den ausgefļllten Antwortvordruck bitte bis 16.11.2015 bei der im Briefkopf genannten Stelle ein. Andernfalls muss nach Aktenlage entschieden wer-den. Dies betrifft auch die

Entscheidung ýber ergÃxnzende Sachleistungen.â

Hierauf erfolgte keinerlei Reaktion des Klägers.

Â

Mit Bescheid vom 03. Dezember 2015 bewilligte der Beklagte der Bedarfsgemeinschaft, zu welcher der Kläger gehörte, Leistungen für den Zeitraum vom 01. Januar bis zum 30. Juni 2016. Dabei wurden dem Kläger u.a. für Januar 2016 Leistungen i.H.v. insgesamt 425,57 â \Box ¬ (292,00 â \Box ¬ RB zzgl. 133,57 â \Box ¬ BUH) sowie für Februar und März 2016 i.H.v. monatlich jeweils insgesamt 457,57 â \Box ¬ (324,00 â \Box ¬ RB zzgl. 133,57Â â \Box ¬ BUH) bewilligt. Einkommen war nicht angerechnet worden.

Â

Mit Sanktionsbescheid vom 07. Dezember 2015 stellte der Beklagte für den Kläger fþr die Zeit vom 01. Januar bis zum 31. März 2016 den vollständigen Wegfall des Arbeitslosengeldes II fest und hob insoweit den Bewilligungsbescheid vom 03. Dezember 2015 auf. Gutscheine oder geldwerte Leistungen wurden nicht gewährt. Der Kläger habe Eigenbemþhungen nicht nachgewiesen und auf die Anhörung nicht reagiert. Die vorhandenen Unterlagen lieÃ□en keinen wichtigen Grund erkennen. Der Kläger habe sich auch nicht bereit erklärt, zukþnftig seinen Pflichten nachzukommen, sodass es nicht gerechtfertigt sei, sein Arbeitslosengeld II auf die BUH zu begrenzen. Eine Verkþrzung des Minderungszeitraumes auf sechs Wochen sei nach Abwägung der vorliegenden Umstände mit den Interessen der Allgemeinheit ebenfalls nicht gerechtfertigt, weil keine relevanten Tatsachen für eine Verkþrzung festgestellt worden seien. Ergänzende Sachleistungen könnten nicht gewährt werden, â□□weil im Rahmen der Ausþbung des pflichtgemäÃ□en Ermessens festgestellt wurde, dass Sie ein entsprechendes Erfordernis bisher nicht geltend gemacht haben.â□□

Â

Den hiergegen eingelegten, von seinen BevollmĤchtigten formulierten, nicht begrļndeten Widerspruch des KlĤgers wies der Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 12. Februar 2016 zurļck.

Â

Hiergegen hat der KlĤger am 14. MĤrz 2016 Klage vor dem Sozialgericht Berlin erhoben. Zur Begrļndung hat er vorgetragen, der EGV-VA sei rechtswidrig. Hilfsweise würden Ermessensfehler geltend gemacht. Bei der Frage der Verkürzung des Minderungszeitraums sei das Ermessen nicht pflichtgemäÃ□ ausgeübt worden, jedenfalls aber nicht ausreichend begründet worden. Es genüge nicht, pauschal festzustellen, dass keine Tatsachen für eine Verkürzung festgestellt worden seien. Zudem sei der Sanktionsbescheid rechtswidrig, weil die ergänzenden Sachleistungen abgelehnt worden seien. Die

diesbezüglichen Ausführungen im Bescheid seien widersprüchlich.

Der Beklagte hat darauf hingewiesen, der KlĤger habe weder vor Erlass des EGV-VA noch im Anschluss an die verhĤngten Sanktionen Termine in der Arbeitsvermittlung wahrgenommen. Eine erstmalige persĶnliche Vorsprache durch ihn habe erst wieder am 14. Juli 2016 stattgefunden.

Â

Das Sozialgericht hat die Klage durch Urteil vom 07. Dezember 2017 abgewiesen. Der Sanktionsbescheid des Beklagten vom 07. Dezember 2015 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 12. Februar 2016 sei rechtm \tilde{A} \mathbb{A} \mathbb{A}

Â

Der KlÄger sei auch ļber die Rechtsfolgen einer Pflichtverletzung belehrt worden. Die Rechtsfolgenbelehrung in dem EGV-VA sei nicht zu beanstanden, da sie verstĤndlich, richtig und vollstĤndig sei. In dieser sei darauf hingewiesen worden, dass bei VerstöÃ∏en gegen die festgelegten Pflichten Leistungsminderungen vorgesehen seien. Ausdrücklich sei darauf hingewiesen worden, dass das Arbeitslosengeld II bereits einmal aufgrund eines Pflichtversto̸es auf die Kosten für Unterkunft und Heizung beschränkt worden sei und jeder weitere Pflichtversto̸ den vollständigen Wegfall des Arbeitslosengeldes II zur Folge haben würde. Aus Sicht der Kammer sei es unschädlich, dass das Erlassdatum des ersten Sanktionsbescheides in der Rechtsfolgenbelehrung fehle. Der vorangegangene Pflichtversto̸ sei für den Kläger auch ohne dieses Datum hinreichend erkennbar. Der Schwerpunkt der Rechtsfolgenbelehrung, dass ein weiterer Pflichtversto̸ den vollständigen Wegfall der Leistungen zur Folge haben werde, werde dem KlĤger dadurch nicht weniger warnend vor Augen gefļhrt. Zu nennen seien in der Rechtsfolgenbelehrung im ̸brigen der Beginn, die Dauer der Absenkung und der Ausschluss von ergĤnzenden Sozialleistung nach dem SGB XII wĤhrend der LeistungsbeschrĤnkung. Dies sei im vorliegenden Fall geschehen.

Â

Der Kläger habe auch keinen wichtigen Grund für sein Verhalten dargelegt und nachgewiesen. Der pauschale Hinweis auf ein traumatisches Ereignis zu einem Zeitpunkt, der nicht konkret benannt werde, und über ein Jahr vor dem relevanten Zeitraum liege, genüge hierfür nicht. Im Ã \Box brigen habe der Kläger weder als

Antwort auf das Anhörungsschreiben des Beklagten noch im Widerspruch ein traumatisches Ereignis thematisiert. In eine psychotherapeutische Behandlung habe er sich nicht begeben, sodass fÃ $\frac{1}{4}$ r die Kammer auch nicht feststellbar sei, ob es sich hierbei nur um eine Schutzbehauptung des KlÃxgers handele.

Â

Die Höhe der vom Beklagten verfügten Minderung entspreche der Rechtsfolge des <u>§Â 31a Abs. 2 S. 2 SGB II</u> bei einer wiederholten Pflichtverletzung für erwerbsfähige Leistungsberechtigte, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Bereits zuvor sei mit bestandskräftigem Sanktionsbescheid vom 24. August 2015 eine Minderung festgestellt worden. Bei der Verletzung der Pflichten aus dem EGV-VA handele es sich ferner um eine wiederholte Pflichtverletzung, da der vorangegangene Minderungszeitraum, welcher am 01. September 2015 begonnen habe, bezogen auf den Sanktionsbescheid vom 07. Dezember 2015 nicht länger als ein Jahr zurückgelegen habe. Der Beginn der Minderung des Arbeitslosengeldes II sei mit dem Monat Januar zutreffend bestimmt. Ebenso sei die Dauer der Minderung fþr drei Monate zutreffend festgestellt worden.

Â

Der Sanktionsbescheid sei schlie Allich nicht ermessensfehlerhaft ergangen. Die Tatsache, dass der Beklagte vergleichsweise pauschal auf die MĶglichkeiten zur Abmilderung der Sanktion habe eingehen kA¶nnen, sei darin begrA¼ndet, dass der KIäger weder im Anhörungs- noch im Widerspruchsverfahren Gründe für die Pflichtverletzung vorgetragen habe. Für die Möglichkeit, die Bedarfe nach § 22 SGB II wieder zu erbringen, wenn sich der Leistungsberechtigte nachtrĤglich bereit erklĤre, seinen Pflichten nachzukommen, fehle es bereits an dieser BereiterklĤrung des KlĤgers. Insofern sei für den Beklagten gar kein Ermessen erĶffnet gewesen. Die getroffene Ermessensentscheidung im Hinblick auf die nach § 31b Abs. 1 S. 4 SGB II vorgesehene Möglichkeit, die Minderung des Auszahlungsanspruchs unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls auf sechs Wochen zu verkürzen, begegne ebenfalls keinen Bedenken. Auch hier habe der Beklagte kein Tatsachenmaterial gehabt, aufgrund dessen eine Verkürzung hÃxtte denkbar erscheinen können. Die Entscheidung zur Ablehnung ergĤnzender Sachleistungen begegne ebenso wenig Bedenken. Da ein entsprechender Antrag des KlAxgers nicht gestellt worden sei, sei fA¼r den Beklagten auch kein Ermessen erĶffnet gewesen. Dass der Beklagte dennoch Ermessen im Hinblick auf diese Entscheidung ausgeübt habe, sei unschädlich. Mangels Antragstellung sei die Entscheidung ýber die NichtgewÃxhrung letztlich zutreffend und daher rechtmäÃ∏ig.

Â

Gegen dieses Urteil richtet sich die Berufung des Klägers. Das Sozialgericht verkenne die Bedeutung des <u>§ 31a Abs. 3 S. 1</u> und 2 SGB II. Der Beklagte hätte auch hinsichtlich der Verkýrzung des Minderungszeitraums Ermessen ausýben mýssen. Zur Ausübung des Ermessens fänden sich jedoch weder in dem

angefochtenen Bescheid noch in der Verwaltungsakte des Beklagten Hinweise. Die lediglich formelhafte Wendung im Sanktionsbescheid, dass eine Verkürzung des Minderungszeitraums auf sechs Wochen nach Abwägung der vorliegenden Umstände mit den Interessen der Allgemeinheit nicht gerechtfertigt sei, sei nicht hinreichender Beleg fþr die Ausþbung pflichtgemäÃ∏en Ermessens.

Â

Mit Beschluss vom 20. Mai 2019 hat der Senat das Verfahren im Hinblick auf das bei dem Bundesverfassungsgericht anh \tilde{A} $^{\times}$ ngige Verfahren $\frac{1 \text{ BvL } 7/16}{1 \text{ das Ruhen des Verfahrens angeordnet.}}$

Â

Nach Wiederaufnahme des Verfahrens im Gefolge der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 05. November 2019 hat der Beklagte den KlĤger mit Schreiben vom 01. April 2020 (Zugang beim KlAzger am 03. April 2020) zu möglichen Umständen, die einen wichtigen Grund oder eine auÄ∏ergewöhnliche HÃxrte darstellen könnten, angehört. Darüber hinaus hat er Gelegenheit gegeben, sich nachtrĤglich bereit zu erklĤren, den Pflichten nachzukommen. Nachdem eine Reaktion des KlĤgers ausgeblieben war, hat der Beklagte seinen Bescheid vom 07. Dezember 2015 mit Bescheid vom 23. April 2020 teilweise aufgehoben und die Minderung des Arbeitslosengeldes II auf nunmehr 30 % festgesetzt. Aufgrund der gegenwÄxrtigen Weisungslage seien die ̸bergangsregelungen der Entscheidung (wohl gemeint: des Bundesverfassungsgerichts) auf Leistungsminderungen nach § 31a Abs. 2 SGB II bei Kunden unter 25 Jahren anzuwenden. Die Kürzung der BUH sei ausgeschlossen. Eine Kýrzung des Regelbedarfs erfolge nicht über die Höhe von 30 % hinaus. Am 23. April 2020 und 01. Juni 2022 hat der Beklagte Leistungen i.H.v. insgesamt 1.084,71 ⠬ für die Monate Januar bis März 2016 zur Zahlung an den Kläger angewiesen (monatlich jeweils 228,00 â□¬ RB zzgl. 133,57 â□¬ BUH).

Â

Der KlĤger hat dieses Teilanerkenntnis angenommen, verfolgt sein Begehren im Ä\[
\text{brigen jedoch weiter. Sofern der Beklagte nunmehr die Aus\text{A}\]
\text{4bung des Ermessens im Berufungsverfahren nachholen wolle, sei es hierf\text{A}\]
\text{4r zu sp\text{A}\]
\text{xt. Schlie\text{A}\]
\text{lich k\text{A}\]
\text{nnten zum Vorliegen eines wichtigen Grundes keine Angaben gemacht werden.

Â

Der Kläger beantragt sinngemäÃ□,

Â

das Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 07. Dezember 2017 sowie den Bescheid des

Beklagten vom 07. Dezember 2015 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 12. Februar 2016 in der Fassung des Bescheides vom 23. April 2020 aufzuheben.
Â
Der Beklagte beantragt sinngemäÃ□,
Â
die Berufung zurückzuweisen.
Â
Er hält die erstinstanzliche Entscheidung, soweit es die Frage der RechtmäÃ∏igkeit des EGV-VA sowie die Ausübung von Ermessen im Rahmen des Erlasses des Sanktionsbescheides betreffe, für rechtmäÃ∏ig.
Â
Die Beteiligten haben unter dem 25. Juni 2020 und 26. Juni 2020 ihr Einverständnis mit einer Entscheidung ohne mündliche Verhandlung erklärt.
Â
Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf den Inhalt der Gerichtsakte sowie der Leistungsakte (1 Band) Bezug genommen, die dem Senat vorgelegen haben und Gegenstand der Entscheidungsfindung gewesen sind.
Â
Â
Entscheidungsgründe
Â
Der Senat konnte im schriftlichen Verfahren entscheiden, da alle Beteiligte sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden erkl \tilde{A} xrt haben (\hat{A} § \hat{A} § 153 Abs. 1, 124 Abs. 2 Sozialgerichtsgesetz).
Â
Die zulĤssige, insbesondere form- und fristgerecht eingelegte (<u>§ 151 SGG</u>), Berufung des KlĤgers ist unbegründet.

Gegenstand des Verfahrens ist neben dem Urteil des Sozialgerichts vom 07.

Â

Dezember 2017 der Bescheid des Beklagten vom 07. Dezember 2015 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 12. Februar 2016 in der Fassung des Bescheides vom 23. April 2020. Mit diesem Bescheid hat der Beklagte zum einen den Eintritt einer Pflichtverletzung nach § 31 Abs. 1 Satz 1 und einer daran anknüpfenden Minderung im Zeitraum vom 01. Januar bis zum 31. MÃxrz 2016 festgestellt; der Umfang der Minderung betrĤgt (nur noch) 30 v.H. des fļr den KlĤger ma̸gebenden Regelbedarfs, konkret monatlich 97,20 â∏¬, nachdem der Beklagte seine ursprünglich weitergehende Entscheidung in dem Bescheid vom 07. Dezember 2015 durch den Bescheid vom 23. April 2020 geändert hat. TatsÃxchlich nachgezahlt hat der Beklagte höhere Leistungen, nÃxmlich monatlich 361,57 $\hat{a} \square \neg$ anstatt von 360,37 $\hat{a} \square \neg$. Gleichzeitig hat der Beklagte mit dem angefochtenen Bescheid vom 07. Dezember 2015 seine Bewilligungsentscheidung vom 03. Dezember 2015 fÃ¹/₄r den Kläger fÃ¹/₄r die Zeit vom 01. Januar bis zum 31. März 2016 nach <u>§ 48 Abs. 1 Satz 1</u> Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X) aufgehoben. Auch diese Entscheidung hat eine ̸nderung durch den Bescheid vom 23. April 2020 erfahren, indem nunmehr sinngemäÃ∏ die im Ursprungsbescheid verfügte Aufhebung ebenfalls teilweise zurückgenommen worden ist.

Â

Das Sozialgericht hat die Klage, soweit dar \tilde{A}^{1} /4ber nach der teilweisen Aufhebung des angefochtenen Bescheides noch zu entscheiden ist, zu Recht abgewiesen. Der Bescheid vom 07. Dezember 2015 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 12. Februar 2016 in der Fassung des Bescheides vom 23. April 2020 ist rechtm \tilde{A} \cong \tilde{A} \cong 0 Der Kl \tilde{A} \cong 2 verletzte seine Pflichten aus dem EGV-VA vom 11. September 2015. Einen wichtigen Grund f \tilde{A} \cong 4 sein Verhalten hat er nicht nachgewiesen.

Â

I. Der streitige Bescheid ist formell rechtmäÃ□ig, insbesondere ist der Kläger vor Erlass des Bescheides vom 07. Dezember 2015 seitens des Klägers ordnungsgemäÃ□ nach <u>§ 24 Abs. 1 SGB X</u> angehört worden (Schreiben vom 30. Oktober 2015). Auch dem (Ã□nderungs-)Bescheid vom 23. April 2020 ist eine Anhörung (Schreiben des Beklagten vom 01. April 2020) vorangegangen.

Â

II. Zutreffend ist der Beklagte davon ausgegangen, dass der Klå¤ger, indem er nicht der ihm in dem EGV-VA auferlegten Pflicht zum Nachweis von Eigenbemå¼hungen nachgekommen war, eine Pflichtverletzung im Sinne des <u>ŧ 31 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB II</u> begangen hat. Erwerbsfå¤hige Leistungsberechtigte verletzen ihre Pflichten, wenn sie trotz schriftlicher Belehrung über die Rechtsfolgen oder deren Kenntnis 1. sich weigern, in der Eingliederungsvereinbarung oder in dem diese ersetzenden Verwaltungsakt nach <u>ŧ 15 Absatz 1 Satz 6 SGB II</u> festgelegte Pflichten zu erfüllen, insbesondere in ausreichendem Umfang Eigenbemühungen nachzuweisen. Dies gilt nicht, wenn erwerbsfähige Leistungsberechtigte einen wichtigen Grund für ihr Verhalten darlegen und nachweisen (<u>ŧ 31 Abs.1 Satz 1</u>

Nr. 1 und Satz 2 SGB II in der Fassung vom 20. Dezember 2011; a.F.).

Â

1. Der Kläger war erwerbsfähig. Anhaltspunkte dafür, dass er in seinem Leistungsvermögen eingeschränkt war, liegen nicht vor; auch vom Kläger wird solches nicht geltend gemacht. Der Kläger war auch leistungsberechtigt, insbesondere hatte er das 15. Lebensjahr vollendet und die Altersgrenze nach § 7a SGB II noch nicht erreicht, war erwerbsfähig und hatte seinen gewöhnlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland (§ 7 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1, 2 und 4 SGB II). Er war auch hilfebedürftig (§ 7 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 SGB II), denn er verfügte weder über (verwertbares) Vermögen noch über Einkommen, um seinen monatlichen Bedarf i.H.v. 425,57 â□¬ (324,00 â□¬ RB Regelbedarfsstufe 3 zzgl. 133,57 â□¬ BUH) â□□ vollständig â□□ zu decken.

Â

2. Indem der Kläger sich jedoch nach Erlass des EGV-VA vom 11. September 2015 während deren Gù¼ltigkeitszeitraum (bis zum 29. Februar 2016) bzw. nach den unbestrittenen Angaben des Beklagten sogar bis zum 14. Juli 2016 weder bei dem Beklagten vorstellte noch schriftlich irgendwelche Nachweise zu Eigenbemù¼hungen i.S.v. Nr. 2 des EGV-VA einreichte, weigerte er sich, die in dem genannten EGV-VA festgelegten Pflichten zu erfù¼llen (hierzu unter d). Der EGV-VA ist auch wirksam, denn er ist nicht nichtig (hierzu unter a). Er ist darù¼ber hinaus nicht auf seine RechtmäÃ□igkeit hin zu ù¼berprù¼fen, denn er ist bestandskräftig und daher bindend. Es ist weder vorgetragen noch ersichtlich, dass dazu (noch) Rechtsbehelfsverfahren anhängig sind (hierzu unter b). Auch ist in dem Widerspruch gegen den Sanktionsbescheid kein Ã□berprù¼fungsantrag nach § 44 Abs. 1 SGB X hinsichtlich des EGV-VA zu sehen (hierzu unter c).

Â

a) Zutreffend ist das Sozialgericht davon ausgegangen, dass der EGV-VA vom 11. September 2015 wirksam ist. Anhaltspunkte f \tilde{A}^{1}_{4} r eine Nichtigkeit nach \hat{A}^{8}_{5} 40 Abs. 1 und 2 SGB X sind nicht ersichtlich.

Â

b) Zwar spricht viel dafür, dass der EGV-VA vom 11. September 2015 wegen fehlender Bezeichnung von konkreten Leistungen zur Eingliederung in Arbeit im Sinne der angestrebten â∏maÃ∏geschneiderten Ausrichtung der Eingliederungsleistungenâ∏, ohne dass dies von hinreichenden Ermessenserwägungen getragen war (Bundessozialgericht , Urteil vom 23. Juni 2016 â∏ B 14 AS 42/15 R â∏ juris Rn. 21), rechtswidrig war. Indes ist dies vorliegend nicht zu prÃ⅓fen, da der EGV-VA vom 11. September 2015 nach § 77 SGG mangels Widerspruchs bestandskräftig und damit fÃ⅓r die Beteiligten und das Gericht bindend geworden ist.

Die RechtmĤÄ∏igkeit eines vorangegangenen Verwaltungsaktes ist als Vorfrage für einen nachfolgenden Verwaltungsakt inzident (nur) zu überprüfen, wenn sich der vorangegangene Verwaltungsakt durch Zeitablauf erledigt hat (vgl. BSG, Urteile vom 29. April 2015 $\hat{a} \square \square \underline{B} \underline{14} \underline{AS} \underline{19/14} \underline{R} \hat{a} \square \square$ juris Rn. 30 und vom 29. April 2015 $\hat{a} \sqcap \square B$ 14 AS 20/14 R $\hat{a} \sqcap \square$ juris Rn. 26). Da ein Verwaltungsakt nach $\hat{A} \S$ 39 Abs. 2 SGB X (nur) wirksam bleibt, solange und soweit er nicht zurückgenommen, widerrufen, anderweitig aufgehoben oder durch Zeitablauf oder auf andere Weise erledigt ist, entfÄxllt mit seiner Erledigung zugleich jegliche Bindung an seine inhaltliche Regelung. So wie im Falle seiner Aufhebung die Bestandskraft beseitigt wird, tritt im Falle seiner Erledigung vor Eintritt der Bestandskraft diese erst gar nicht ein. Dies ist rechtfertigender Grund für eine inzidente Ã∏berprüfung, soweit es auf seine RechtmäÃ∏igkeit in einem nachfolgenden Verfahren ankommt. Tritt eine solche vorherige Erledigung durch Zeitablauf hingegen nicht ein, führt dies bei Unanfechtbarkeit zur Bestandskraft mit der Folge einer hindernden inhaltlichen ̸berprüfbarkeit dieses Verwaltungsaktes auf RechtmäÃ∏igkeit (vgl. LSG Berlin-Brandenburg, Beschluss vom 07. Juni 2018 â∏∏ <u>L 31 AS 671/18 B ER</u> â∏∏ juris Rn. 21 f.; LSG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 14. Oktober 2020 â∏ L 32 AS 2354/15 â∏∏ juris Rn. 46 ff.; zu letzterer Entscheidung: BSG, Beschluss vom 08. Februar 2022 â∏ <u>B 4 AS 203/21 B</u> â∏ juris).

Â

Ausgehend davon hat sich der am 15. September 2015 verfügte EGV-VA gerade nicht durch Zeitablauf erledigt. Zwar endete dessen Gültigkeitsdauer zum Ablauf des 29. Februar 2016. Zu diesem Zeitpunkt erledigte er sich jedoch nicht, da er weiterhin eine Beschwer entfaltete.

Â

Zwar wird eine ursprA¼nglich zulAxssige Anfechtungsklage gegen einen Eingliederungsverwaltungsakt in der Regel durch Zeitablauf unzulÄxssig, wenn der Zeitraum, für den dieser EGV-VA Geltung beansprucht, verstrichen ist. Ein Kläger kann dann nicht mehr geltend machen, durch eine darin getroffene Regelung beschwert zu sein. Damit hat sich dieser EGV-VA insgesamt erledigt und entfaltet keine Rechtswirkung mehr (BSG, Urteil vom 15. Juni 2016 â∏∏ B 4 AS 45/15 R â∏∏ juris Rn. 15). Dies gilt jedoch nicht, wenn dieser EGV-VA â∏ wie hier â∏ Grundlage eines weiteren den KlĤger belastenden Verwaltungsaktes ist. Infolge des Zeitablaufes sind zwar die im EGV-VA geregelten beiderseitigen Verpflichtungen nicht (weiter) zu erfļllen, so dass sich der EGV-VA insoweit erledigt hat. Eine Erledigung ist jedoch nicht eingetreten, soweit wegen einer behaupteten Verletzung von Pflichten eines KlĤgers gestützt auf diesen EGV-VA diesem gegenüber ein belastender Verwaltungsakt erlassen wurde, der (noch) wirksam ist, denn in einem solchen Fall entfaltet der Verwaltungsakt weiterhin rechtsnachteilige Wirkungen zu Lasten des Klägers, so dass deswegen eine Beschwer verbleibt. Die mit der Anfechtungsklage angestrebte Aufhebung des EGV-VA ist erforderlich, um mögliche Sanktionen abzuwehren (so auch BSG, Urteil vom 14. Februar 2013 â∏∏

B 14 AS 195/11 R â□□ juris Rn 13, 10, 5; LSG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 15. Juni 2017 â□□ L 25 AS 1631/16 â□□ juris Rn. 63; LSG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 31. August 2017 â□□ L 2 AS 488/17 â□□ juris Rn. 20; Sächsisches LSG, Urteil vom 27. Februar 2014 â□□ L 3 AS 639/10 â□□ juris Rn. 28; LSG Baden-Württemberg, Urteil vom 12. Dezember 2012 â□□ L 3 AS 2192/12 â□□ juris Rn. 22; LSG Rheinland-Pfalz, Urteil vom 26. Februar 2008 â□□ L 3 AS 4/08 â□□ juris Rn. 29).

Â

Die Voraussetzung der weiteren Beschwer des KlĤgers liegt vor, denn der (Sanktions-Â)Bescheid vom 07. Dezember 2015 beruht auf dem am 11. September 2015 erlassenen EGV-VA, der zu diesem Zeitpunkt aufgrund des Ablaufs der einmonatigen Widerspruchsfrist bereits bestandskrĤftig war, aber noch nicht durch Zeitablauf erledigt. Damit unterscheidet sich diese Konstellation auch von den FĤllen, in denen eine Sanktion nach einer Meldeaufforderung ergeht. Dabei erledigt sich die Meldeaufforderung unmittelbar nach Ablauf des Meldetermins, sodass bereits vor dem Eintritt von Bestandskraft der als Verwaltungsakt einzustufenden Meldeaufforderung (und auch vor Erlass des Sanktionsbescheides) Erledigung kraft Zeitablaufs eintritt. In diesen FĤllen geht das BSG davon aus, dass die RechtmĤÄ∏igkeit der erledigten Meldeaufforderung inzident bei der Prù¼fung der RechtmĤÄ∏igkeit des Sanktionsbescheides zu prù¼fen ist (vgl. u.s. BSG, Urteil vom 29. April 2015 â∏ B 14 AS 20/14 R â∏ juris), da ansonsten ein wirksamer Rechtsschutz gegen rechtswidrige Meldeaufforderungen nicht möglich wäre.

Â

c) Soweit in Rechtsprechung und Literatur zum Teil vertreten wird, in einem solchen Fall sei in dem Widerspruch gegen den Sanktionsbescheid ein Antrag auf ̸berprüfung des EGV-VA nach <u>§ 44 Abs. 1 SGB X</u> zu sehen (so u.a. LSG Berlin-Brandenburg, urteil vom 23. Juni 2021 â∏∏ <u>L 18 AS 998/18 WA</u> â∏∏ juris Rn. 29; Lauterbach in Gagel, SGB II/SGB III, Stand Februar 2021, Rn. 29 zu § 31 SGB II m.w.N.; Herbst in Estelmann, SGB II Stand September 2020, Rn. 125 zu § 31), folgt hieraus im konkreten Fall keine ̸nderung der Beurteilung. Denn anders als etwa in dem vom 18. Senat des LSG entschiedenen Fall (L 18 AS 998/18 WA) oder in dem vom BSG in seinem Beschluss vom 08. Februar 2022 â∏∏ B 4 AS 203/21 B â∏∏ unter Rn. 6 in Bezug genommenen Fall lÄxsst sich vorliegend dem kurzen Widerspruchsschreiben der Klägerbevollmägchtigten vom 07. Januar 2016 keinerlei Bezug zu dem EGV-VA vom 11. September 2015 entnehmen. Auch unter Heranziehung der GrundsÄxtze zur Auslegung von WillenserklÄxrungen (insbesondere § 133 Bürgerliches Gesetzbuch; hierzu u.a. BSG, Urteile vom 24. April 2015 â∏ B 4 AS 22/14 R â∏ juris Rn. 18 f. sowie vom 17. September 2020 â∏ B 4 AS 13/20 R â∏ juris Rn. 23) Iässt sich die Formulierung â∏Gegen den o.g. Bescheid [gemeint: Minderungsbescheid vom 07.12.2015] lege ich namens und in Vollmacht meiner Mandantschaft Widerspruch ein.â□□ weder unter Berücksichtigung des Wortlautes noch der Begleitumstände als Antrag auf Rücknahme des EGV-VA vom 11. September 2015 auslegen. Zusätzlich ist hierbei zu berücksichtigen, dass der Widerspruch von den rechtskundigen BevollmAxchtigten des KlAxgers formuliert worden ist.

d) Angesichts der Bestandskraft des EGV-VA vom 11. September 2015 ist der Senat somit darauf beschrĤnkt zu prüfen, ob der Kläger die ihm mit diesem Verwaltungsakt auferlegten Pflichten verletzte oder nicht.

Â

Â

Â

Der Beklagte hat auch zutreffend $\tilde{A}^{1}/_{4}$ ber die Rechtsfolgen bei Versto \tilde{A} gegen die in dem EGV-VA festgelegten Pflichten belehrt. So hei \tilde{A} tes in dem Bescheid unter anderem:

Ihr Arbeitslosengeld II wurde bereits einmal aufgrund eines Pflichtverstoà es auf die Kosten fýr Unterkunft und Heizung beschrÃxnkt (vgl. Bescheid vom). Jeder weitere Pflichtverstoà (Verstoà gegen eine der Nr. 2 mit Ihnen vereinbaren Bemühungen) wird daher den vollstÃxndigen Wegfall des Ihnen zustehenden Arbeitslosengeldes II zur Folge haben. Im Falle eines vollstÃxndigen Wegfalls des Arbeitslosengeldes II werden auch keine BeitrÃxge zur Kranken- und Pflegeversicherung abgeführt. Der Versicherungsschutz bleibt dennoch erhalten, anfallende BeitrÃxge müssen Sie jedoch selbst zahlen. Sind Sie hierzu nicht in der Lage, entstehen BeitragsrückstÃxnde, die jedoch für die Dauer der Hilfebedürftigkeit keine negativen Auswirkungen hinsichtlich der Leistungen durch die gesetzliche Kranken-/Pflegeversicherung haben. Der Wegfall dauert drei Monate (Sanktionszeitraum) und beginnt mit dem Kalendermonat nach Zugang des

Sanktionsbescheides. Während dieser Zeit besteht kein Anspruch auf ergänzende Hilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (Sozialhilfe). Ein wiederholter PflichtverstoÃ☐ liegt nicht vor, wenn der Beginn des vorangegangenen Sanktionszeitraums länger als ein Jahr zurückliegt (Ablauf der Jahresfrist am 24.08.2016). Eine Pflichtverletzung liegt nicht vor, wenn Sie fþr Ihr Verhalten einen wichtigen Grund darlegen und nachweisen. Folglich tritt keine Leistungsminderung ein. Ein nach Ihrer Auffassung wichtiger Grund, der jedoch nach objektiven MaÃ☐stäben nicht als solcher anerkannt werden kann, verhindert nicht den Eintritt der Leistungsminderung.

Â

Die Belehrung hat nach der stĤndigen Rechtsprechung des BSG, welcher der Senat folgt, konkret, richtig, vollstAxndig und verstAxndlich zu sein; dem Hilfebedürftigen ist zeitnah im Zusammenhang mit der in Rede stehenden Pflicht zu erlĤutern, welche unmittelbaren und konkreten Auswirkungen auf seinen Leistungsanspruch ein Pflichtversto̸ ohne wichtigen Grund haben kann (vgl. BSG, Urteil vom 15. Dezember 2010 â∏∏ B 14 AS 92/09 R â∏∏ juris, Rn. 24; Hahn in Knickrehm/Kreikebohm/Waltermann, Kommentar zum Sozialrecht, 7. Aufl. 2021, § 31 SGB II Rn. 23). Diesen Maà gaben wird die Rechtsfolgenbelehrung in dem EGV-VA vom 11. September 2015 gerecht. Namentlich ist darin auch die in § 31a Abs. 1 Satz 4 SGB II fÃ¹/₄r erwerbsfähige Leistungsberechtigte, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, gesetzlich vorgesehene MA¶glichkeit, dass der TrA¤ger die Minderung des Auszahlungsanspruchs unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles auf sechs Wochen verkürzen kann, wenn auch nur kurz unter â∏Wichtige Hinweiseâ∏, erwähnt. Auch der regelmäÃ∏ig zur Verdeutlichung der einschneidenden Folgen der Sanktion notwendige Hinweis, dass nicht die MĶglichkeit besteht, statt der Leistungen der Grundsicherung fļr Arbeitsuchende Sozialhilfe zu beantragen, ist in der Belehrung enthalten.

Â

Die Belehrung ist auch nicht bereits deshalb fehlerhaft, weil sie nicht die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 05. November 2019 (1 BvL 7/16) zu ŧ 31a Abs. 1 SGB II und deren Umsetzung in den Fachlichen Weisungen der Bundesagentur fýr Arbeit auch zu 31a Abs. 2 SGB II (Stand 03. Dezember 2019) berýcksichtigt. Dies schon deshalb nicht, weil die Entscheidung des BVerfG zum damaligen Zeitpunkt noch nicht vorlag und sich im Ã[brigen auch nicht auf die in § 31a Abs. 2 SGB II spezifisch geregelten Sanktionsfolgen bei Leistungsberechtigten, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, bezog. Es liegt zwar zweifellos sehr nahe, dass auch diese Regelungen, soweit sie eine Minderung vorsehen, die ýber 30 v.H. des für den jeweils Betroffenen maÃ[gebenden Regelbedarfs hinausgehen, verfassungsrechtlich keinen Bestand haben können. Eine Korrektur mit Gesetzeskraft ist indes bislang nicht erfolgt, so dass schon aus diesem Grund eine auf die geltende gesetzliche Lage abgestimmte Belehrung schwerlich als unrichtig angesehen werden kann (vgl. zur Problematik Hahn a.a.O., § 31a Rn. 14).

Soweit in der Rechtsfolgenbelehrung des EGV-VA (aus Versehen) das Datum des ersten Sanktionsbescheides vom 24. August 2015 fehlt, ist dies \hat{a}_{\square} wie schon das Sozialgericht ausgef \tilde{A}_{γ} hrt hat \hat{a}_{\square} unsch \tilde{A}_{z} dlich. Insoweit wird zur Vermeidung von Wiederholungen auf die Ausf \tilde{A}_{γ} hrungen des Sozialgerichts in dem angefochtenen Urteil Bezug genommen (\hat{A}_{z} 153 Abs. 2 SGG). Dar \tilde{A}_{γ} ber hinaus ergibt sich das Datum des ersten Sanktionsbescheides mittelbar aus dem Satz \hat{a}_{\square} Ein wiederholter Pflichtversto \tilde{A}_{z} liegt nicht vor, wenn der Beginn des vorangegangenen Sanktionszeitraums l \tilde{A}_{z} nger als ein Jahr zur \tilde{A}_{γ} ckliegt (Ablauf der Jahresfrist am 24.08.2016). \hat{a}_{\square}

Â

3. Einen wichtigen Grund für die Nichtübersendung von Listen/Nachweisen seiner Bewerbungsbemühungen i.s.d. <u>§ 31 Abs. 1 Satz 2 SGB II</u> hat der Kläger weder im Widerspruchsverfahren noch im Berufungsverfahren dargelegt. Soweit der Kläger offensichtlich im Termin zur mündlichen Verhandlung vor dem Sozialgericht am 07. Dezember 2017 Ausführungen zu einem länger zurückliegenden traumatischen Ereignis (Vorfall, bei dem ein Angehöriger angeschossen wurde) gemacht hat, ohne dass dies im Protokoll seinen Niederschlag gefunden hat, sind daraus für den Kläger selbst resultierende konkrete gesundheitliche Folgen / Einschränkungen weder dargelegt noch auch nur glaubhaft gemacht worden. SchlieÃ□lich konnte auch auf ausdrückliche gerichtliche Nachfrage seitens der Klägerbevollmächtigten hierzu im Berufungsverfahren nichts vorgetragen werden.

Â

4. Als Rechtsfolge einer Pflichtverletzung nach <u>§ 31 Abs. 1 SGB II</u> sieht <u>§ 31a Abs.</u> 2 Satz 1 SGB II vor, dass das Arbeitslosengeld II auf die für die Bedarfe für Unterkunft und Heizung zu erbringenden Leistungen beschrĤnkt wird, wenn es sich um eine erste Pflichtverletzung handelt und der Leistungsberechtigte das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet hat. Bei einer wiederholten Pflichtverletzung â∏ wie hier (vorherige Sanktion mit bestandskrÄxftigem Bescheid vom 24. August 2015: § 31a Abs. 2 Satz 3 SGB II i.V.m. Abs. 1 Satz 5) â∏ entfäIIt nach § 31a Abs. 2 Satz 2 SGB II das Arbeitslosengeld II vollständig. Da der Beklagte mit Bescheid vom 23. April 2020 von sich aus zugunsten des KlĤgers den Umfang der LeistungseinschrÄxnkung fļr den gesamten Minderungszeitraum auf eine Minderung um 30 v.H. des für den Kläger maÃ∏gebenden Regelbedarfs beschrÄxnkt hat, muss der Senat nicht entscheiden, ob die Fachgerichte eine entsprechende Korrektur der gesetzlichen Regelung in § 31a Abs. 2 SGB II ohne Weiteres aussprechen dürfen, obwohl der Wortlaut der Vorschrift (weiterhin) unverÄxndert ist und die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 05. November 2019 sich ausschlieà lich auf <u>§ 31a Abs. 1 SGB II</u> bezieht.

Â

Den Beginn der Minderung hat der Beklagte zutreffend festgesetzt: Die Minderung setzt mit dem Beginn des Kalendermonats ein, der auf das Wirksamwerden des Verwaltungsaktes folgt, der die Pflichtverletzung und den Umfang der Minderung der Leistung feststellt (<u>ŧ 31b Abs. 1 Satz 1 SGB II</u>), hier also angesichts der Bescheidung am 07. Dezember 2015 am 01. Januar 2016.

Â

Die regelmäÃ∏ige Dauer des Minderungszeitraums beträgt nach <u>§ 31b Abs. 1</u> Satz 3 SGB II drei Monate.

Â

Da der Klå¤ger weder im damaligen Anhå¶rungs- noch im Widerspruchsverfahren und auch nicht im Rahmen des Anhå¶rungsverfahrens zu dem Bescheid vom 23. April 2020 nachtrå¤glich erklå¤rt hat, er sei nunmehr bereit, seinen Pflichten nachzukommen, kommt die Gewå¤hrung der vollstå¤ndigen Leistungen vor Ablauf des Minderungszeitraums nicht in Betracht. Der Senat hat insoweit auch mit Blick auf die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zu den Få¤llen des å§ 31 Abs. 1 SGB II keine Bedenken, denn der Klå¤ger hat sich schlichtweg gar nicht zu einer nachtrå¤glichen Erfå¹¼llung seiner Pflichten (å§ 31a Abs. 2 Satz 4 SGB II) geå¤uå∏ert.

Â

Bei erwerbsfĤhigen Leistungsberechtigten, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, kann der TrĤger nach § 31b Abs. 1 Satz 4 SGB II die Minderung des Auszahlungsanspruchs unter BerĽrcksichtigung aller UmstĤnde des Einzelfalles auf sechs Wochen verkürzen. Dabei steht der Anwendung der Regelung nach Auffassung des Senats nicht entgegen, dass sie sich ihrem Wortlaut nach allein auf die gesetzlich weiter vorgesehene Rechtsfolge einer ersten Pflichtverletzung eines unter 25-jährigen Leistungsbeziehers nach § 31a Abs. 2 Satz 1 SGB II, also die Minderung des Auszahlungsanspruchs in Höhe der Bedarfe nach § 20 und § 21 SGB II, bezieht, während der Beklagte ausgehend von erwĤhnten Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 05. November 2019 die Minderung von sich aus und trotz der formell unveränderten gesetzlichen Situation auf 30 v.H. des für den Kläger maÃ□geblichen Regelbedarfs beschränkt hat. Der durch § 31b Abs. 1 Satz 4 SGB II begrþndete Anspruch auf die Ausþbung fehlerfreien Ermessens hinsichtlich einer Verkþrzung kann dadurch nicht entfallen.

Â

Der Beklagte hatte daher ausgehend von den gesamten Umständen des Einzelfalles eine Ermessensentscheidung über eine Verkürzung zu treffen, die den diesbezüglichen gesetzlichen Anforderungen genügt (vgl. hierzu $\frac{A}{N}$ 39 Abs. 1 Satz 1 Sozialgesetzbuch Erstes Buch â Allgemeiner Teil â und $\frac{A}{N}$ 54 Abs. 2 Satz 2 SGG). Die Behörde muss dazu (unter anderem) alle maÃgebenden

Ermessensgesichtspunkte in die Entscheidung einbeziehen und die abzuwĤgenden Gesichtspunkte zutreffend gewichten, andernfalls ist von einem so genannten Ermessensfehlgebrauch auszugehen (vgl. BSG, Urteil vom 09. November 2010 â[[]] B 2 U 10/10 R â[[]] juris Rn. 15). Dass dies geschehen ist, muss sich grundsĤtzlich aus der (gegebenenfalls ergĤnzten) BegrĹ/₄ndung des Verwaltungsaktes ergeben; diese muss also die Gesichtspunkte erkennen lassen, von denen die Verwaltung ausgegangen ist (vgl. <u>ŧ 35 Abs. 1 Satz 3 SGB X</u> und dazu Keller in: Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG, 13. Aufl. 2020, § 54 Rn. 28a).

Â

Ausgehend von diesen Ma̸stäben genügt der streitige Bescheid den an eine Ermessensentscheidung zu stellenden Anforderungen noch. Zwar führt der Ausgangsbescheid recht formelhaft aus, eine Verkürzung des Minderungszeitraumes auf sechs Wochen sei nach AbwĤgung der im Falle des KIÄxgers vorliegenden UmstÄxnde mit den Interessen der Allgemeinheit nicht gerechtfertigt, weil keine relevanten Tatsachen für eine Verkürzung hÃxtten festgestellt werden kA¶nnen. Welche UmstAxnde und welche Interessen damit konkret gemeint sein kA¶nnten, wird dabei nicht dargelegt. Allerdings konnte der Beklagte auch kaum über das regelmäÃ∏ig vorliegende Interesse der Allgemeinheit an einem Vollzug der Gesetze und das ebenfalls regelmäÃ∏ig anzunehmende persönliche Interesse des Hilfebedürftigen am Empfang von bedarfsdeckenden Leistungen hinausgehende Interessen gegeneinander abwĤgen, da der KlĤger selbst sich zu seinen Interessen oder besonderen UmstĤnden niemals eingelassen hat. Dem Senat ist es nicht gelungen, irgendwelche Umstände festzustellen, die der Beklagte bei seiner Ermessensentscheidung noch hÃxtte berücksichtigen müssen. Auch hat der KlÃxger nicht nachtrÃxglich solche geltend gemacht oder gar nachgewiesen.

Â

Soweit der Kläger schlieÃ□lich die Auffassung vertritt, der Ausgangsbescheid vom 07. Dezember 2017 sei schon deshalb rechtswidrig, weil der Beklagte ohne Antrag und ohne Ermessensausübung bereits eine ablehnende Entscheidung über die Erbringung von ergänzenden Sachleistungen oder geldwerten Leistungen nach § 31a Abs. 3 Satz 1 SGB II getroffen habe, ist dieses Argument mit Erlass des Ã□nderungsbescheides vom 23. April 2020, der nur noch eine Minderung des Arbeitslosengeldes II i.H.v. 30 v.H. des Regelbedarfs feststellt, obsolet geworden.Â

Â

5. Der Senat ist vor dem Hintergrund, dass das BVerfG im Rahmen seiner Entscheidung zu $\hat{A}\S$ 31a Abs. 1 Satz 1 SGB II eine Leistungsminderung i.H.v. 30 v.H. des ma \hat{A} gebenden Regelbedarfs grunds \hat{A} xtzlich f \hat{A} 1/4r verfassungsgem \hat{A} x \hat{A} 1 erachtet hat (Rn. 159 der Entscheidung), auch nicht davon \hat{A} 1/4 berzeugt, dass f \hat{A} 1/4r unter 25-j \hat{A} xhrige Leistungsberechtigte \hat{a} 1 anders als f \hat{A} 1/4r Leistungsberechtigte, die das 25. Lebensjahr vollendet haben \hat{a} 1 jegliche Leistungsminderung verfassungswidrig w \hat{A} xre.

III. Die Kostenentscheidung beruht auf $\frac{\hat{A}\S 193 \ SGG}{\hat{A}\S 193 \ SGG}$ und ber \tilde{A}^1 /4cksichtigt, dass der Beklagte den Ausgangsbescheid gr $\tilde{A}\P\tilde{A}$ \square tenteils aufgehoben hat (Sanktion tats \tilde{A} xchlich nunmehr nur noch i.H.v. 288,00 \hat{a} \square \neg im Gegensatz zu rund 1.340,00 \hat{a} \square \neg).

Â

IV. $Gr\tilde{A}\frac{1}{4}$ nde $f\tilde{A}\frac{1}{4}$ r die Zulassung der Revision nach $\frac{\hat{A}\S 160 \text{ Abs. 2 Nr. 1 und 2 SGG}}{1}$ liegen nicht vor.

Erstellt am: 02.09.2022

Zuletzt verändert am: 22.12.2024